

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Annalena Baerbock, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Matthias Gastel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verletzbarkeit der deutschen Wirtschaft und ihrer Lieferketten gegenüber dem Klimawandel

Die jüngste Forschung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung e. V. und der Columbia University zeigt am Beispiel der Leistungsminderung von Arbeitskräften erstmalig auf, dass sich die Anfälligkeit globaler Wirtschaftsnetzwerke für Hitzestress im vergangenen Jahrzehnt verdoppelt hat. Produktionsverluste können sich entlang verwobener Handelsketten noch weiter erhöhen. Somit sind Auswirkungen des Klimawandels auch in entfernten Ländern eine direkte Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Seit der Jahrtausendwende sind globale Lieferketten immer stärker verflochten, sodass sich Produktionsverluste – wie etwa durch Extremwetterereignisse hervorgehoben – leicht über Ländergrenzen hinaus fortsetzen. Mehr als die Hälfte der weltweiten Produktion von Kokosnussöl, das am zweithäufigsten genutzte pflanzliche Fett in der globalen Lebensmittelproduktion, ist beispielsweise im Jahr 2013 durch den Taifun Haiyan auf den Philippinen zerstört worden. Auch die Flut in Queensland im Jahr 2011 hatte Auswirkungen auf die weltweite Lieferung von Kohle. Dürren und Überschwemmungen in Russland und Pakistan im selben Jahr haben zu gestiegenen Lebensmittelpreisen beigetragen und somit möglicherweise Auswirkungen auf Unruhen in Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien gehabt.

Die ökonomischen Folgen von häufiger auftretenden Hitzewellen und anderen meteorologischen Ereignissen auf die globalen Wirtschaftsnetzwerke erfordern angemessene Anpassungsmaßnahmen. Sie sollten in Kostenberechnungen zum Klimawandel einbezogen werden, sodass Lieferketten angemessen stabilisiert und Gesellschaften widerstandsfähiger werden. Weltweit vernetzte Wirtschaftsprozesse erfordern eine globale Anpassungsstrategie, damit ein Dominoeffekt lokaler Vulnerabilitäten vermieden werden kann. Dennoch fehlten die Auswirkungen auf globale Lieferketten in den Bewertungen des Weltklimarats IPCC; und auch in der deutschen Diskussion um Anpassung wurden sie bisher kaum adressiert.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse zu möglichen klimawandelbedingten Risiken in naher (bis zum Jahr 2050) und ferner Zukunft (bis zum Jahr 2100) liegen der Bundesregierung für verschiedene Wirtschaftssektoren vor bezüglich
 - a) der Vernetzung von Wertschöpfungsketten, auch derer deutscher Unternehmen;
 - b) Störungen bei Zulieferern und Kunden in anderen Ländern;

- c) Zerstörung von Betriebsanlagen und Infrastrukturen in extremwettergefährdeten Gebieten;
 - d) Wasser- und Rohstoffverfügbarkeiten sowie ausreichender Energieversorgung als wesentliche Inputfaktoren industrieller Produktion;
 - e) der Leistungsfähigkeit von Arbeitskräften;
 - f) Just-in-Time-Produktion und der Abhängigkeit von Logistikprozessen;
 - g) deutscher Absatzmärkte;
 - h) Störungen bei ausländischen Kunden durch Extremwetterereignisse in Deutschland, die mit einem Vertrauensverlust einhergehen könnten?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegen die in Frage 1 abgefragten Risiken, bzw. welche Maßnahmen sind in Planung?
 3. Plant die Bundesregierung, eigene Forschungsaufträge zu den Folgen des Klimawandels auf internationale Wirtschaftsnetzwerke auszuschreiben?
 4. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu möglichen Risiken für deutsche Unternehmen, bspw. in ihren Lieferketten, vor?
 5. Welche klimawandelbedingten Risiken sieht die Bundesregierung besonders in der engen wirtschaftlichen Verknüpfung mit den asiatischen Schwellenländern, und welche vorsorgenden Maßnahmen werden diesbezüglich unternommen?
 6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über einen möglichen Rückgang deutscher Warenimporte und Warenexporte aufgrund von Auswirkungen und Verwundbarkeiten gegenüber dem Klimawandel in Ländern vor, mit denen Wirtschaftsbeziehungen unterhalten werden, und welche Maßnahmen unternimmt bzw. plant sie diesbezüglich?
 7. Welche bestehenden und geplanten Instrumente der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) bzw. darüber hinaus beziehen sich speziell auf die Verwundbarkeit von Wirtschaftsnetzwerken und deren Reduzierung?
 8. In welchen internationalen Foren sind die Folgen des Klimawandels auf internationale Wirtschaftsnetzwerke bisher thematisiert worden, und wie positionierte sich die Bundesregierung in diesen Debatten?
 9. Inwiefern sieht die Bundesregierung deutsche Wertschöpfungsketten durch eine in Folge des Klimawandels drohende mangelnde Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe bedroht?
 10. In welchen Sektoren ist dies nach Kenntnis der Bundesregierung in besonderem Maße zu erwarten, und welche Maßnahmen unternimmt sie dagegen?
 11. Welche Rohstoffe stuft die Bundesregierung als besonders kritisch und vulnerabel gegenüber dem Klimawandel ein?
 12. Sieht die Bundesregierung bei diesen Rohstoffen die Gefahr eines Versorgungsengpasses, und auf welcher Grundlage beruht diese Einschätzung?
 13. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um eine Differenzierung deutscher Handelsbeziehungen voranzubringen?
 14. Welche Maßnahmen unternimmt sie weltweit, um Lieferketten resilienter zu gestalten, und welche Unterstützung bietet sie dabei deutschen Unternehmen?

15. Welche Vorgaben macht die Bundesregierung für deutsche Unternehmen, um Standorte und Zulieferer hinsichtlich möglicher Auswirkungen des Klimawandels zu überprüfen (Risikomanagement) und den steigenden Planungsbedarf zu adressieren?
16. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu bestehenden Möglichkeiten und Ressourcen verschiedener Branchen und Unternehmenstypen der deutschen Wirtschaft vor, um sich an den Klimawandel anzupassen – vor allem auch global in Zuliefererketten?
17. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Stärkung regionaler Wertschöpfung für die Bundesregierung, und wie spiegelt sich das in ihrer Anpassungsstrategie wider?
18. Welche Finanzierungshilfen bietet die Bundesregierung für Länder, die finanziell selber nicht in der Lage sind, Risiken des Klimawandels zu mindern und sich an die Veränderungen anzupassen?
19. Welche Möglichkeiten bietet die Bundesregierung ihnen dabei – zusätzlich zu regulären Instrumenten der Klimafinanzierung – an, um ihre Verwundbarkeit zu verringern?
20. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um eine Verbreitung von Klimaanpassungstechnologien voranzubringen und deren Implementierung zu fördern?
21. Stimmt die Bundesregierung der Aussage der Fragesteller zu, dass das Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland mit Blick auf die globalen Auswirkungen des Klimawandels deutlich verringert wird, wenn die notwendigen, ambitionierten Anstrengungen zur Emissionsminderung zeitnah umgesetzt werden, und wenn ja, wie spiegelt sich dies im Prozess der regierungsinternen Abstimmung zum Klimaschutzplan 2050 wider, und wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 6. Juli 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

